

# Architektur, Politik, Opposition

Philipp Oswalt und Jesko Fezer im Gespräch mit Dietmar Kammerer  
Erschienen in Spex, Das Magazin für Popkultur, 6/2005, S. 96-98

Einerseits bedeutet Architektur das Verplanen und Bebauen vor-malig freier Räume. Andererseits muss jede fortschrittliche Politik gerade auf das Offenhalten von Raum, auf das Nicht-Festlegen einer eindeutigen Nutzung beharren. Man könnte meinen, die Arbeit von Architekten und Stadtplanern zielt gerade auf das Ende des Politischen, die endgültige Durchplanung des Raumes. Mag sein. Worin aber bestünde ein fortschrittliches (Selbst-)Verständnis von Architektur? In der Zwischennutzung, der temporären Umwidmung brachliegenden Raums? Jüngstes prominentes Beispiel wäre der Berliner »Palast der Republik«. Doch auch dieser Ansatz findet seine Kritiker. Jesko Fezer, u.a. Mitbetreiber des Buchladenprojekts »PRO QM« in Berlin sowie Mitherausgeber der Zeitschrift »An Architektur – Produktion und Gebrauch gebauter Umwelt« diskutiert mit Philipp Oswalt, u.a. Mitinitiator des Forschungsprojekts »Urban Catalysts« sowie Mitorganisator der Zwischennutzung im »Palast der Republik«.

**Philipp Oswalt, ihr habt euch im Forschungsprojekt „Urban Catalyst“ mit temporären Nutzungen von Räumen beschäf-**

**tigt und eure Wissen dann praktisch in die Zwischennutzung des Palastes der Republik eingebracht. Was wolltet ihr mit der Bespielung eines völlig ausgekernten Gebäudes erreichen?**

OSWALT: Eine wichtige Ambition seitens »Urban Catalyst« war, die Thematik der Zwischennutzung auf ein größeres öffentliches Level zu heben. Also Entwicklungen, die eher an der Peripherie der Gesellschaft stattfinden, durch dieses extrem öffentliche Podium, das der Palast darstellt, eine andere Plattform zu geben. Ein zweites Motiv – und das betrifft wohl alle Beteiligten – war der insgeheimere Wunsch, doch noch einen Dreh in die Schlossdebatte zu kriegen. Also etwas, was eigentlich schon beschlossene Sache war, durch die Bespielung der Lücke wieder zu thematisieren. Dabei ging es nicht darum, das Gebäude, wie es besteht, zu erhalten, sondern darum, neue Inhalte in die Debatte einzuführen. Es gibt Verschiebungen dadurch, dass man so etwas macht, es hat potenzielle Auswirkungen auf das, was da langfristig passiert.

**Was für eine Bilanz würdest du ziehen?**

OSWALT: Meines Erachtens waren wir mit dem Gesamtprogramm im letzten Jahr in den zwei entscheidenden Punkten erfolgreich. Der eine ist, dass in der öffentlichen Rezeption die implizite politische Dimension – diesen Raum anders zu besetzen – angekommen ist. Selbst in der »FAZ«, die den Wiederaufbau des Schlosses sehr stark unterstützt hatte, gab es die Reflexion: »Das trägt eigentlich nicht, wir müssen über diesen Ort anders nachdenken«. Solche Beiträge gab es in verschiedenen Medien. In der Diskussion wurde auf einmal über Alternativen nachgedacht, so wie wir es explizit mit der Konferenz »Fun Palace« versucht haben, was wir in diesem Jahr auch fortsetzen wollen. Zum anderen ist es relativ ungewöhnlich, dass solch ein prominenter Ort von dieser Art von Akteuren besetzt wird. Man muss natürlich einräumen, dass diese Akteure nicht »Subkultur« sind, sondern schon etabliert, Sophiensäle, Hebbeltheater usw. Wobei wir durchaus versucht hatten, eine Diversität des Programms zu erreichen. Ein Fragezeichen an die Schlossdiskussion zu setzen, hat also funktioniert. Es hat auch funktioniert, andere Akteure an diesen Ort zu bringen, auch wenn

es nicht unbedingt »subkulturelle« Akteure waren. Die Schwierigkeit ist, wie wir das dieses Jahr fortsetzen wollen.

**Jezko, du hast deine Kritik an der Zwischennutzung ja öffentlich geäußert und bist offensichtlich anderer Auffassung. Lohnt sich eine Fortsetzung?**

FEZER: Der Ausgangspunkt dafür, dass wir uns öffentlich oder in irgendeiner Form auseinandersetzen, war das Interview, das ich für die »taz« gegeben habe, wo die Überschrift drüber stand – die ich nie so gesagt habe – »Der Palast ist neoliberal«. Prinzipiell steht außer Frage, dass ich die Bedeutung der Zwischennutzung für die Stadtentwicklung in Berlin unterschreibe. Das ist ein Ansatzpunkt, um in anderer Form über Stadt- und Architekturentwicklung nachzudenken, und etwas, mit dem ich über unsere Zeitschrift »Anarchitektur« und andere Projekte sehr eng verbunden bin. Andererseits besteht auch kein Zweifel an der Idee, den Abriss des Palastes kritisch zu begleiten oder dem andere Konzepte entgegenzustellen.

Aber man muss die Frage stellen: Ist Zwischennutzung etwas, das per se so etwas wie Widerstand implizieren würde? Ist das ein

widerständiger Akt gegen einen reaktionären oder konservativen Stadtbau, wie es das Schloss darstellt? In der Beobachtung schien mir das auf zwei Ebenen fragwürdig. Erstens: Ist Zwischennutzung eine Form von Raumbespielung mit einer politischen Bedeutung, ist das etwas anderes als Wohnen, Bauen? Für mich ist das erst mal eine Vokabel, die in unterschiedlichen Zusammenhängen ganz unterschiedliche Bedeutungen annehmen kann. Historisch betrachtet war Zwischennutzung immer eng verbunden mit Transformationsprozessen von Raum. Die Zwischennutzung hat dabei immer ganz spezifische Funktionen. Es gibt Räume die brach liegen, die durch ihre Bedeutung nicht zugänglich sind, die die Zwischennutzung sichert, übernimmt, Infrastruktur bereitstellt. Sie produziert ein bestimmtes Image für diese Räume, die erst mal einen kulturellen Mehrwert kriegen, was auf ökonomischer Ebene wiederum bestimmte Anfänge bedeutet.

Auf dieser Ebene ist das ein interessanter Prozess, aber politisch teilweise höchst fragwürdig im Zusammenhang mit Gentrifizierungsprozessen, aber auch mit der ökonomischen und kulturellen



Verwertung von Räumen. Es ist ein Beispiel, wie Räume einer neuen Bedeutungsebene zugeführt werden, die dann nicht unbedingt politisch oder widerständig in ihrer Nutzung sein müssen. Mit bezug auf den Palast ist es schon sehr auffällig gewesen, dass genau zu der Zeit, in der Zwischennutzung stattfand, McKinsey und der BDI die ersten waren, die diesen Raum genutzt haben. Die haben gesagt, da gibt es jetzt diese Form von „Freispielung“, also haben wir da einen Vakuumraum, einen Zwischenraum, und warum gehen wir dann nicht auch mit einer klar ökonomischen Konzeption rein und bespielen den genauso. Das stellt für mich diese optimistische Idee der Zwischennutzung zumindest frei von einer politischen oder emanzipativen Bedeutung und führt sie ganz anderen Bedeutungen zu, im Zusammenhang von neoliberalen Stadtkonzepten, von Depolitisierung öffentlichen Lebens.

**Wie würde dann eine politisch wünschenswerte Form von temporärer Nutzung aussehen? Attac ja, McKinsey und Nike nein?**

FEZER: Die Frage ist nicht primär, ob Zwischennutzung oder Nachnutzung oder wirkliche Nutzung, das sind Kategorien, die eher damit zu tun haben, wie der Raum strukturiert ist. Viel interessanter ist für mich, was haben wir überhaupt für eine Vorstellung von Nutzung? Diese Debatte scheint

mir viel wichtiger zu sein als die Frage nach der Form der Nutzung. Dann kann man sich darüber unterhalten, wie die Form der Nutzung eingebunden ist oder im Widerspruch steht zu herrschenden Annahmen, im Widerspruch zu herrschenden Verwertungsbedingungen von Raum. Dann kann man auch einmal zu etwas Nein sagen, wenn man in dieser Position ist, und wenn man das nicht kann, dann ist das ein Ansatzpunkt, diese Position zu überdenken.

OSWALT: Ich denke nicht, dass es egal ist, ob Zwischennutzung oder eine andere Form der Nutzung. Zwar gibt es Zwischennutzung in sehr unterschiedlicher Art, und das macht sowohl Nike wie der Hausbesetzer, und man kann nicht sagen, dass eine solche Nutzung in sich was gesellschaftlich Progressives hätte. Aber für „Urban Catalyst“ war der interessante Punkt, dass es in der Regel etwas ist, was extrem wenig Kapital erfordert und damit eine Zugänglichkeit schafft zur Raumgestaltung für Akteure, die diese Ressourcen sonst nicht haben. In der heutigen Stadtgestaltung findet ein Wechsel statt von der Idee, dass der Staat – eigentlich ein Gedanke der klassischen Moderne –, hin zu einem – wie ich es nenne – „Inselurbanismus“. Das ist seit etwa zwanzig Jahren das städtebauliche Projekt, Entwicklungsprojekte als Investitionsprojekte anzulegen und für bestimmte Inseln, Enklaven in der

Stadt, Baurecht zu schaffen für Investments, die dann auch erfolgen. Dieser Wechsel in der Zielrichtung der Stadtplanung führt dazu, dass ein großer Bereich der Räume aus dem Fokus dieses Diskurses fällt, ebenso wie ein großer Teil der Bevölkerung. Solche Prozesse sind sehr exklusiv.

Für uns war der Vorteil der Zwischennutzung, dass sie in diesen „Rest-Räumen“ den Leuten die Möglichkeit gibt, mit wenig Kapital selber tätig zu werden. Insofern hat sie ein gewisses Potential als spezifisches Modell der Raumnutzung, eine andere Art von öffentlichem Raum oder gemeinsamen Aktivitäten in einer Stadt zu ermöglichen. Das ist für uns der wichtige Aspekt dabei. Dass es auch ganz andere Akteure gibt, die sich dessen bedienen, etwa durch Guerilla-Marketing, wo für drei Tage irgendwo ein Fashion-Shop aufgemacht wird, wo solche Strategien für ganz andere Zwecke verwandt werden, von Leuten, die wirtschaftlich extrem potent sind, steht auf einem anderen Blatt.

**Aber liegt der Fehler, oder das unvermeidliche Dilemma, von Zwischennutzung nicht gerade darin, dass sie bislang übersehene oder verschonten Räume wieder in den Fokus des offiziellen Diskurses hebt? Und damit einer Wiederaneignung durch Investoren ausliefert?**

FEZER: Problematisch daran ist, dass man so Orte oder Sozialstrukturen, die aus dem Verwertungs-

kreislauf herausgeraten sind, sozusagen wieder hineinkickt, als aktives Moment der Stadtgestaltung. Man fordert eine Form aufgezungenen eigenverantwortlichen Engagements auf der prekären Grundlage temporärer Duldung, das im engen Zusammenhang mit den brutalen Aktivierungsdiskursen in Bezug auf Arbeitslosigkeit steht. Meine Kritik an Zwischennutzung als einer forcierten Form ist, dass das Einbringen dieser Räume in den Verwertungszusammenhang im Rahmen des neoliberalen Regierungsdiskurses ein affirmatives Projekt ist, und dass sie die Frage verdeckt, warum es keine ökonomisch niedrigschwelligeren Zonen gibt. Warum gibt es nicht die Möglichkeit, nicht-temporär billig zu wohnen oder billige Räume zu bekommen, wenn man andere Interessen, andere Lebens- oder Kulturvorstellungen als die Mehrheitsgesellschaft hat? Interessant wird es erst, wenn man die Zwischennutzung nicht als Lösungsmodell ansieht, sondern als ein Konfliktfeld.

OSWALT: Man kann das ganz gut konkret runterbrechen an einem anderen Punkt, nämlich der Gentrifizierungsdebatte in Berlin-Mitte. Die Behauptung ist, da habe in den frühen 90ern eine Gentrifizierung stattgefunden durch die Kulturschaffenden. Die hätten dort ein Stadtareal für den Kapitalismus aufbereitet, der jetzt andere Nutzer verdrängt. In etwa so wird es zumeist dargestellt. Aber ich

behaupte, der Stadtraum Mitte wäre wegen seiner Lage ohnehin derartigen Verwertungsinteressen unterlegen. Die Kulturnutzer waren nur schneller als die Investoren, und das war meiner Meinung nach ein großes Glück für den Stadtteil, weil sich bestimmte Akteure dadurch etablieren und dort eine gewisse Qualität einschreiben konnten. Dazu gehört dann auch die Buchhandlung PRO QM. Sonst wäre alles nur viel banaler geworden.

**Ist Gentrifizierung ein unumkehrbarer Vorgang? Beschreibt sie wirkliche Vorgänge, oder ist sie nur eine Vokabel, den eigenen Fatalismus zu überdecken, nach der Melodie: Egal, was wir hier auf die Beine stellen, am Ende gewinnen das Kapital und die Touristenbusse?**

FEZER: In der Gentrifizierungsdebatte, wie ich sie kenne, lautet das Argument nicht, dass irgendwo die Kultur einzieht und danach automatisch das Kapital kommt. Natürlich ist es Unsinn, den Kulturschaffenden die »Schuld« an Gentrifizierung zu geben. Aber Kultur hat in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion. Sie produziert einen Erlebnisraum für eine bestimmte soziale Klasse: Capuccino-Läden, Galerien, Boutiquen usw. Sie ist Teil eines ökonomisch-kulturellen Gefüges und hat darin eine symbolische und auf die Stadtnutzung bezogene Bedeutung. Bestimmte Leute wollen dort wohnen und sind bereit,

dieses kulturelle Kapital über ihren Mietpreis mitzufinanzieren. Bestimmte Schichten der Bevölkerung sind nicht mehr in der Lage, das zu tun und finden sich in der symbolischen Angebotsstruktur nicht wieder oder kriegen keine billigen Schrippen oder Bier mehr. OSWALT: Die Kritik an Gentrifizierung kommt ja gerade aus dem Milieu, das du beschreibst. Es sind genau die Kulturschaffenden, die diesen Prozess kritisieren.. In Untersuchungen der Gentrifizierungsforschung hat sich gezeigt, dass in Abwertungsprozessen mehr ursprünglich ansässige Bevölkerung vertrieben wird als in Aufwertungsprozessen. Und dass die ursprünglichen Anwohner die Aufwertungsprozesse eher positiv bewerten. Zweitens kommen die Klagen über Gentrifizierung gerade von den kulturellen Pionieren und eben nicht von den Leuten, die vorher schon da waren. Diese Kulturschaffenden gehören einer ganz bestimmten sozialen Klasse an: der Erbgeneration der Westdeutschen. Sie haben meist einen guten finanziellen Rückhalt und versuchen damit, alternative Lebensmodelle zu realisieren. Da ist überhaupt nichts dagegen zu sagen! Es geht mir nicht um eine Diffamierung dieser Leute. Wir gehören ja selbst mehr oder weniger alle dazu. Aber man kann weder sagen, dass das eine politisch progressive Klasse sei, noch dass sie in einer besonderen Opferrolle wäre.

FEZER: Das ist eine intellektuelle, mittelständische, kritische Schicht, die in der Lage ist, zu sprechen. Arbeitslose Einwohner geben natürlich keine Interviews zum Thema, weil sie gar nicht kulturell und ökonomisch bemächtigt sind, sich zu äußern. Aber ich finde es interessant, dass auch Kulturschaffende, die sich in den 90ern noch in den Kunst-Werken engagiert haben, sich dagegen gewehrt haben, dass die Auguststraße zu einer hardcore Galerienstraße wird, mit all den Folgen, die das für die Einwohnerschaft mit sich bringt. Denn ein Teil dieser Kulturschaffenden ist gerade nicht bereit, diese Rolle einzunehmen und Teil einer Verdrängungsökonomie zu sein. Und das ist der spannende Punkt, an dem sich ein Handlungspotenzial auftut. Wie kann man in einem kulturellen Feld, das sehr stark in die Verwertung verstrickt ist, das dort einen funktionellen Teil übernimmt, Handlungsperspektiven entwickeln, die diese automatisierte Logik von Stadtentwicklung temporär aufbrechen, Verschiebungen einfügen?

**Um wieder genauer auf die Architektur zu kommen: Wie mächtig sind Architekten als „Agenten“, als Vermittler innerhalb dieser Verwertungsprozesse von Raum?**

FEZER: Architektur hat mit zwei Positionen zu tun. Die eine kann man Macht nennen, wo Ökonomie und Staat eine große Rolle spielen, die andere ist vielleicht die geleb-

te Stadt oder der Alltag, wo sich unterschiedliche und widerspenstige Prozesse abspielen. Darin liegt das Potenzial von Architekturdebatten: dass diese Alltagspraktiken, die subjektiven Formen von Raumnutzungen und Lebensführungen im Feld von Architektur in eine Nähe kommen – und mit großer Wahrscheinlichkeit auch in einen Konflikt geraten – zu hegemonialen Positionen von Gesellschaft. Die Rolle der »Agenten« sehe ich darin, diese Widersprüche als Konflikte zu artikulieren, und ihre Vermittlungsrolle nicht primär als Befriedung oder Schaffung von homogenen Zonen zu verstehen, sondern als Zuspitzung von Konflikten, um dadurch etwas Produktives zu schaffen. Nämlich einerseits die Grenzen der bestehenden Strukturen aufzufinden und andererseits Alternativen zu den bestehenden Alltagspraktiken zu gestalten.

OSWALT: Wenn man von architektonischen Praktiken spricht, muss man genau unterscheiden. Die Kerntätigkeit des Bauens ist zu unterscheiden von dem, was ihr mit »Anarchitektur« oder PROQM verfolgt, oder wir mit »Urban Catalyst« in der Forschungsarbeit. Auf die Bautätigkeit bezogen, gibt es ein wunderbares Zitat von Rem Koolhaas, der sagt, der Architekt ist eine Geisel, der man die Pistole an den Kopf hält, und die dann zu Hause anruft uns sagt, es ist alles in Ordnung. Es gibt einen Auftraggeber und eine Interessenlage. Ein

Architekt, der baut, ist Sprachrohr und Erfüllungsgehilfe des Bauherren.

**In deiner Beschreibung ist vom Architekten als „Künstler“, als irgendwie autonom schaffenden Subjekt, nicht viel übrig geblieben...**

OSWALT: Auch in der Kulturproduktion gibt es eine Interessenslage. Ein Künstler oder ein sich kritisch verstehender Architekt ist keineswegs interessensfrei. Ich würde ihm zugestehen, dass er eine gesellschaftliche Ambition hat, aber er hat natürlich auch ein Interesse, sich in bestimmten kulturellen Diskursen zu platzieren. Das muss man an jedem einzelnen Projekt abfragen: Inwieweit geht es ihm um gesellschaftliche Veränderung. Wie gelingt es ihm, hierzu beizutragen? Oder inwiefern geht es ihm darum, sich selbst als einen bestimmten Typus eines Kulturproduzenten zu stilisieren?

FEZER: Vielleicht sollte man dennoch einmal fragen: Was sind denn die Interessen eines Bauherren? Und gibt es auch die Möglichkeit zu sagen, man möchte dessen Interessen nicht vertreten? Das wäre doch interessant, wenn man einmal von einem Architekturbüro wie Kleihues + Kleihues hören würde: Nee, ich bau für den Bundesnachrichtendienst in der Chausseestraße nicht diesen Klotz, ich mach das nicht, weil ich die Interessen dieser Firma nicht vertrete. Aber diese Frage scheint sich für einen Architekten gar nicht zu stellen. Die Dis-

kussion über die Flick-Sammlung zum Beispiel ist auf der Ebene der Kunst exzessiv ausgetragen worden, aber zum Ausstellungsraum, den Architekten geplant haben, gab es keinen Halbsatz in der Architekturdebatte oder sonstwo. Auf dieser Ebene liegt, ganz banal, ein Ausgangspunkt, an dem Architektur ihr kritisches Bewusstsein noch entwickeln muss.